

soziales\_kapital

wissenschaftliches journal österreichischer fachhochschul-studiengänge soziale arbeit  
Nr. 6 (2010) / Rubrik "Junge Wissenschaft" / Standortredaktion Wien

Printversion:

<http://www.soziales-kapital.at/index.php/sozialeskapital/article/viewFile/190/296.pdf>

Lukas Brock, Katrin Formanek, Irene Reismüller, Samira-Mehrnaz Shams-Ghamari:

## **Transformation innerstädtischer Räume im Rahmen von Ordnungs- und Sicherheitspolitiken und Auswirkungen auf die Soziale Arbeit am Beispiel des „Wiener Westbahnhofes“.**

**Eine qualitative Untersuchung zu Sichtweisen und Deutungsmuster von SozialarbeiterInnen**

Wir, ehemalige Studierende des FH Campus Wien, begannen uns im Sommersemester 2009 im Rahmen der Forschungswerkstatt „Regieren öffentlicher Räume - Soziale Arbeit als AkteurIn städtischer Ordnungs- und Sicherheitspolitiken“ mit Transformationen innerstädtischer Räume zu beschäftigen. Die in der Fachliteratur geführten Diskussionen über verstärkte Ordnungs- und Sicherheitspolitiken im öffentlichen Raum haben uns zu der Fragestellung geführt, ob und wie SozialarbeiterInnen diese in der Praxis erleben und welche Zusammenhänge sie zur Profession sehen. Bestehende Verhältnisse und Politiken wahrzunehmen ist für uns wesentlich um Kritik an ihnen üben zu können, denn Kritik ist nach Foucault „die Kunst, nicht dermaßen regiert zu werden“. (Foucault 1992:12)

Unter dem Begriff „Wiener Westbahnhof“ wird in dieser Arbeit mehr als das Bahnhofsareal verstanden, da auch die Umgebung des Bahnhofes regulierenden Politiken unterliegt. Ausgehend von diesem Begriff, meinen wir einen Raum, welchen wir klar eingegrenzt haben: Das ÖBB-Gelände, das Gelände der Wiener Linien und die FußgängerInnenzonen um dieses Gebiet. Für uns ist der Westbahnhof in diesem Sinne ein Ort, an welchem sich veränderte Ordnungs- und Sicherheitspolitiken in einem besonderen Maße manifestieren.

Seit Oktober 2008 wird der Westbahnhof im Rahmen der „Bahnhofoffensive“<sup>i</sup> umgebaut, wobei er der erste Bahnhof der ÖBB ist, der zur „Bahnhof City“<sup>ii</sup> wird. Es handelt sich dabei nicht bloß um einen Umbau, sondern um eine Neukonstruktion der Bedeutung von Bahnhöfen an sich. Aus einem einfachen Bahnhof wird ein Einkaufszentrum bzw. eine „innerstädtische Erlebniswelt“, der nicht allein eine infrastrukturelle Bedeutung zu kommt, sondern auch repräsentativen Zwecken der Stadt und Bevölkerung dienen soll.<sup>iii</sup> Prinzipiell stören jedoch an einem solchen Konsumort Menschen, welche nicht zur zahlungsfähigen Kundschaft gehören und obendrein das Bild eines sauberen und sicheren Stadtteils, einer heilen Gesellschaft ohne Probleme irritieren. Es wird versucht diese Personengruppen mittels technischer Überwachung und architektonischer Umgestaltung zu vertreiben. (vgl. Weber 2001:20 f.)

Aber auch die Soziale Arbeit wird in die Regulation dieser problematisierten Gruppen einbezogen. Schließlich ist „die ordnungspolitische Instrumentalisierung dieser Disziplin keine neue Entwicklung“. (Simon NN:1) Daher untersuchten wir im Kontext veränderter Ordnungs- und Sicherheitspolitiken, wie SozialarbeiterInnen diesen Raum gegenwärtig wahrnehmen und welche Erklärungsansätze sie dabei heranziehen. Wir werden aufzeigen, wie sich den Befragten zufolge Veränderungen konkret gestalten und welche möglichen Gründe für eben diese genannt werden. Ein weiterer Fokus liegt auf den Auswirkungen, welche die SozialarbeiterInnen bezogen auf ihre Profession und ihre KlientInnen im Allgemeinen sehen. Die detaillierten Ergebnisse sind in unserer Bachelorarbeit (unter: [www.allesinordnung.at.tt](http://www.allesinordnung.at.tt)) nach zu lesen.

Im Rahmen unserer Forschung interviewten wir acht SozialarbeiterInnen aus Organisationen, die mit unterschiedlichen Zielgruppen arbeiten und ihr Tätigkeitsfeld im Raum Westbahnhof haben. Das durch die Befragungen entstandene Datenmaterial wurde nach der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring bearbeitet, da sie sowohl einer subjektbezogenen offenen Forschungsmethode gerecht wird, als auch die Anforderungen eines methodisch kontrollierten Vorgehens erfüllt. (vgl. Mayring 2002:116)

## **1. Der Wiener Westbahnhof, ein sozialer Raum**

Ein zentrales Charakteristikum von Bahnhöfen ist die dort anzutreffende Heterotopie, welche sich nach Russo in der unterschiedlichen Vielfalt der NutzerInnen äußert. Als Grund dafür nennt er die besondere Stimmung an diesen Orten, die auch Lebensrealitäten abseits des Durchschnitts zulässt. (vgl. Russo 2006:19) Diese Tatsache spiegelt sich in allen ExpertInneninterviews wieder. Die InterviewpartnerInnen definieren den Wiener Westbahnhof als einen dynamischen Raum und verstehen darunter mehr als nur das Bahnhofsgelände. Sie stimmen darin überein, dass der Westbahnhof große Bedeutung hinsichtlich seiner zentralen Lage erlangt und beschreiben diesen Raum als Verkehrsknoten sowie sozialen Brennpunkt. Ersteres ergibt sich in den Interviews vor allem wegen der weitreichenden öffentlichen Verkehrsanbindung und letzteres insbesondere wegen der wechselnden NutzerInnen mit ihren unterschiedlichen Nutzungsinteressen, woraus manchmal ein erhebliches Konfliktpotential resultieren kann. (vgl. IV 1:1; IV 2:2; IV 3:1 f.; IV 4: 1; IV 5:1; IV 6:1 f.; IV 7:1; IV 8:1)

Generell beschreiben die InterviewpartnerInnen, je nach Aufenthaltsort ihrer potentiellen KlientInnen, diesen Raum unterschiedlich. Jene, die sich mit der Zielgruppe der Sexarbeiterinnen befassen, betonen insbesondere die „Felberstraße“ und die „Äußere Mariahilferstraße“ als Teile des Westbahnhofs. Schließlich bestehen hier detaillierte Regelungen bezüglich der Anbahnungsmöglichkeiten von Sexarbeiterinnen. (vgl. IV 1:1; IV 2:2 f.) Jene, die andere Zielgruppen aufsuchen, heben den Westbahnhof als Anfang der „Inneren Mariahilferstraße“ hervor. Warum sich Obdachlose und PunkterInnen eher in diesem Bereich aufhalten, wird insgesamt darauf zurückgeführt, dass sich direkt auf der öffentlichen Einkaufsstraße viele unterschiedliche Menschen bewegen und deshalb auch sozial abweichende Personen eher geduldet werden. (vgl. IV 3:1 ff.; IV 4:1)

Der Westbahnhof wird demnach als ein erweiterter Raum definiert, da er durch die Relationen, also den darin und darüber stattfindenden sozialen Prozesse festgelegt wird. (vgl. Schroer 2006:44) In einem solchen Raum, erläutert Bourdieu, werden die

Machtpositionen und damit die Teilhabe der jeweiligen AkteurInnen durch sogenannte Kapitalien – wie etwa finanzielle Chancen, Bildung und Beziehungen –, welche sich zusammengefasst als symbolisches Kapital verdeutlichen, vordefiniert. (Bourdieu 1985:10 f.) Je mehr eine Person über symbolisches Kapital verfügt, desto stärker ist ihre Machtposition in diesem Raum. Darin äußert sich die „Fähigkeit und Befugnis zur Realisierung sozialer Wirklichkeit durch legitime, erkannte und anerkannte Benennung“. (Ziegler 2005:113) Die TrägerInnen der „symbolischen Macht“ besitzen somit eine bedeutende (Mit-) Bestimmungsbefugnis über soziale Normen, also gesellschaftsspezifische Ordnung und Abweichung im Sozialen Raum. In dem gleichen Ausmaß verfügen sie über Sanktionsmacht, die bis zum Ausschluss bestimmter Personen oder auch Personengruppen aus Räumen führen kann. (Bourdieu 1985:10 f.)

Die Wahrnehmung der InterviewpartnerInnen zeigt, dass seit Jahren eine sukzessive Vertreibung von als deviant betrachteter Personen am und rund um den Bahnhof stattfindet. Beispielhaft wird hier die gezielte räumliche Umgestaltung der Umgebung angeführt: *„Sie haben dann einfach die Sitzmöglichkeiten weggenommen, Klos und Wartesäle zugesperrt.“* (IV 5:8) Die Demontage von Sitzgelegenheiten bzw. die Installation von Einzelsitzen, die das Liegen auf diesen Bänken unmöglich machen sollen, werden als Vertreibungspraktiken genannt. Eine weitere Strategie ist die Beseitigung von toten Winkeln sowie der Einsatz von hellen und klaren (Glas-)Flächen in der Raumgestaltung, mit dem Ziel die Attraktivität für gewisse Personengruppen zu vermindern. Es scheint, dass von der Norm abweichende Personen, vor eher sterilen, hellen oder gläsernen Flächen auffallen und exponiert sind und deshalb an andere Orte ausweichen. (vgl. IV 1:1 ff.; IV 3:2; IV 5:1 ff.; IV 6: 2; IV 7: 2 f.; IV 7:7; IV 8:3)

Insgesamt hat sich rückblickend an diesem Bahnhof und seiner Umgebung aus Sicht der InterviewpartnerInnen in den letzten Jahren viel verändert. In erster Linie wird das „Verschwinden“ sozialer Institutionen genannt, da nun für viele Problemlagen erste Anlaufstellen fehlen. So gab es früher beispielsweise den Bahnhofsozialdienst, der eine erste und bedeutende Unterstützungsmöglichkeit für Menschen mit den unterschiedlichsten Anliegen war. Nun gibt es für in Not geratene, erwachsene Menschen in unmittelbarer Nähe keine Erstversorgungs- bzw. Beratungsmöglichkeit mehr. Eine SozialarbeiterIn erläutert:

*„Es war eine alte Tradition, die glaube ich bis ins fast vorletzte Jahrhundert zurückgeht, dass es auf jedem Bahnhof, jeder Landeshauptstadt einen Bahnhofsozialdienst gab und einen sozialen Stützpunkt. Dies ergab sich aus der Erkenntnis, dass Bahnhöfe immer auch soziale Brennpunkte sind und hier eine Unterstützung gegeben sein muss für Menschen die in Not geraten sind, [...]. Es gehört wohl eher nicht mehr zum Konzept der neuen Bahn soziale Einrichtungen direkt am Bahnhofsgelände zu haben.“* (IV 7:1)

Die InterviewpartnerIn folgert weiters, dass wohl momentan eher davon ausgegangen wird, soziale Stützpunkte würden anziehend auf Randgruppen wirken. Daher werden soziale Einrichtungen an andere Standorte verlagert, in der Hoffnung KlientInnen und ihre Probleme würden zu diesen „mitziehen“. (vgl. IV 7:6) Jedoch, betonen einige der SozialarbeiterInnen, ist es gerade für soziale Organisationen wichtig gut und leicht erreichbar zu sein.

Gegenwärtig steht dem Westbahnhof aus der Perspektive der SozialarbeiterInnen eine Zeitwende bevor. Welche konkreten Auswirkungen durch den Umbau hervorgerufen werden, ist zum Zeitpunkt der Interviews noch nicht absehbar. Jedoch

vermuten sie, dass eine rein kommerzielle Nutzung angedacht ist. So, dass wahrscheinlich der Raum noch unpersönlicher und noch weniger Aufenthaltsbereiche bieten wird. Der in Wien lebende Ökonom Beat Weber bestätigt durch die von ihm wahrgenommenen Motive und Hintergründe des Umbaus die kritische Zukunftsprognose der SozialarbeiterInnen. Die BahnhofCity als Visitenkarte der Stadt soll, nicht mehr wie bisher, die Versorgung einer möglichst breiten Bevölkerung umfassen, sondern als ordentliche und saubere Erlebniswelt eine Gewinnmaximierung hervorbringen. Präventiv und aktiv wird dieses Vorhaben durch eine gezielte Architektur, den Einsatz von privaten Sicherheitsleuten und einer neuen Hausordnung erreicht. (vgl. Weber 2001:20 f.) Damit kommt es zu einem Bedeutungsverlust des Bahnhofareals für Personen, welche aus der Masse der „NormalbürgerInnen“ herausstechen, nicht zuletzt durch „Maßnahmen zur Herstellung eines sauberen öffentlichen Raumes“, durch „Kommerzialisierung“ und „Sterilisierung“ der Bahnhöfe. (vgl. Russo 2006:20) Von den befragten StreetworkerInnen/SozialarbeiterInnen wird der Bedeutungsverlust des Areals für KlientInnen insofern hervorgehoben, dass aufgrund von verdrängenden Maßnahmen, wesentliche Ressourcen nicht mehr zugänglich sind. Doch bleibt er ein Raum der Begegnung für die unterschiedlichsten NutzerInnen und ist oft wegen seiner Zentralenlage unumgänglich, wie die SozialarbeiterInnen hervorheben. Außerdem sind viele soziale Einrichtungen entweder vor Ort oder in unmittelbarer Nähe. Hinzu kommt, dass hier die Verkehrsanbindung zwischen den verschiedensten sozialen Einrichtungen ist.

## **2. Gründe für Veränderungen – Konstruktion von Sicherheit**

Neben den zuvor genannten Mechanismen, welche zur Verdrängung bestimmter Personengruppen beitragen, werden in der Literatur Weitere aufgezeigt, wie beispielsweise Platzverweise/- verbote und Videoüberwachung. (vgl. Kammerer (2008), Mümken (NN), Singelstein/Stoole (2006), Wehrheim (2004)) Verschiedene Gründe wie die Vermarktung der Städte als Unternehmen und/oder die Legitimationskrise der Politik, sowie Verunsicherungsgefühle der Bevölkerung werden von den befragten SozialarbeiterInnen als ausschlaggebend für diese genannt. (vgl. IV 4:13; IV 7:2; IV 8:2)

Wie beschrieben, nehmen SozialarbeiterInnen wahr, dass es an für die Stadt zentralen Orten und zu für die Stadt Wien bedeutenden Ereignissen vermehrt zu Vertreibungspraktiken kommt. (IV 4:10) Dies wird damit erklärt, dass unter anderem durch sogenannte „*Touristenstreifen*“ (IV 4:10) eine Art „*Stadtbildpflege*“ (IV 3:2) für PassantInnen und TouristInnen stattfindet, um deren subjektives Sicherheitsgefühl zu erhöhen und ein ungetrübtes Einkaufserlebnis zu gewährleisten. (vgl. IV 1:4; IV 3:2 f.; IV 4:10, IV 5:7) Städte sehen sich mehr und mehr gezwungen sich möglichst erfolgreich zu „vermarkten“, um im Kampf um den attraktivsten Wirtschaftsstandort für transnationale Unternehmen, sowie kaufkräftige KonsumentInnen zu bestehen. (vgl. Heeg 2004:187) In diesem Zusammenhang wird in den Interviews auch beschrieben, dass Geschäftstreibende durch die Anwesenheit von problematisierten Gruppen Angst um Einbußen haben. Diese würden den ungestörten Geschäftsbetrieb und ein entspanntes Einkaufserlebnis beeinträchtigen. (vgl. IV 4:5; IV 5:3, IV 6:5)

Ein anderer Aspekt, der in den Augen der Befragten Bedeutung hat ist, dass durch den neoliberal motivierten Rückzug (bzw. Umbau) des Nationalstaates, durch die Wahrnehmung „destabiler Zeiten“ (IV 8:2), die lokale, städtische Ebene an

Bedeutung gewinne, da sich die Politik trotz aller Verschlechterungen (in Bezug auf soziale Sicherheit) weiterhin gegenüber ihrer WählerInnenschaft zu legitimieren habe. (vgl. Heeg 2004:194) Ein/e SozialarbeiterIn äußert sich hierzu:

*„Naja wir leben in einer Zeit wo versucht wird politisches Kleingeld zu machen, indem man [...] Angst schürt. [...] Die Angst nimmt auch hinsichtlich der eigenen Existenz um Job, um Einkommen, um den Lebensstandard zu und das forciert natürlich, dass Wünsche nach mehr Sicherheit, nach einer heilen Welt, nach mehr Kontrolle oder auch Zwangsgewalt laut werden.“ (IV 8:2)*

Die befragte Person äußert damit, dass der Verlust von sozialer Sicherheit zu einem Bedürfnis nach vermehrter personaler Sicherheit führt. Daraus wird gefolgert, dass Vertreibungspraktiken und der Einsatz von Sozialer Arbeit im öffentlichen Raum politische Strategien sind, um der Bevölkerung ein Sicherheitsgefühl zu vermitteln, das sie auf der sozialen Ebene, der Ebene der wirtschaftlichen Existenzsicherung verloren hat.

Aus den oben genannten Gründen folgt eine Fokussierung auf die angebliche Prävention potentiell normabweichenden Verhaltens. Diese erfolgt wiederum durch Sicherheitsmechanismen, wie Securities, Hausordnungen, Platzverweise, etc.. Hier soll nun zur Veranschaulichung auf die Wirkungsweise einer dieser sogenannten Sicherheitstechnologien eingegangen werden. Die Montage von Videokameras wird beispielsweise damit argumentiert, als abweichend und gefährlich konstruierte Personen im Blick zu behalten. Andererseits betrifft das Anbringen einer Videokamera alle Personen, die sich in diesem Raum aufhalten und wirkt auch auf das Verhalten all dieser zurück. (vgl. Kammerer 2008:136) Die Wirkungsweise dieser Sicherheitstechnologien entfaltet sich indem sie „auf die Selbststeuerungskapazitäten 'autonomer Individuen' 'aus der Distanz' einwirken um die Parameter zu beeinflussen, durch die Akteure [sic!] 'vernünftige' von 'unvernünftigen' Alltagspraktiken unterscheiden“. (Ziegler 2005:116)

Ersichtlich wird, dass dem Herstellen von Sicherheit gegenwärtig große Bedeutung zukommt. So war auch in den Interviews die Frage nach Sicherheit und was dieser Begriff für die SozialarbeiterInnen beinhaltet ein zentrales Thema, wobei eine gewisse Einigkeit darüber herrschte, dass KlientInnen grundsätzlich keine Gefahr darstellen. Vielmehr wird hier Furcht diskursiv produziert. (vgl. Mümken NN:4) Dieser Furcht wird dann wieder durch Mechanismen begegnet, welche wiederum damit argumentiert werden Sicherheit herzustellen, die jedoch auch der Kontrolle des Verhaltens von Menschen dienen. Auch von den Befragten wurde darauf hingewiesen, dass dieser konstruierten Verunsicherung durch ein mehr an Kontrolle und Sicherheitsmechanismen entgegen gewirkt wird. Auf diese Weise werden Zahlen und Statistiken generiert, die diese Kontrollmaßnahmen legitimieren und in weiterer Folge eine vermehrte Nachfrage nach Sicherheit hervorrufen. (IV 8:3) In diesem Kontext ist auch interessant, dass manche SozialarbeiterInnen es als positiv bewerten, wenn Menschen das Gefühl haben, sie werden durch die Soziale Arbeit geschützt, da die Profession darüber breite Legitimation erfahren kann. (IV 3:5) Wenn jedoch jemand vor 'etwas' geschützt wird, kommt der vermeintlichen Bedrohung durch zum Beispiel problematisierte Gruppen im öffentlichen Raum Wahrheit zu.

Durch die Konstitution von Diskursen, welche aus „historisch sich verändernden Machtkonstellationen“ (Bublitz 2002:42) hervorgehen, wie die 'Legitimationskrise der Politik' oder die 'Unternehmerische Stadt', besteht ein Bedürfnis danach eine Nachfrage nach Sicherheit zu erzeugen. Diese Diskurse haben Einfluss auf das

Verhalten und die alltäglichen Interaktionen von Menschen in Räumen, da sie strukturierend wirken „in der Errichtung einer symbolischen Ordnung, die einen Modus für die Wirklichkeit [...] bereit bzw. darstellt“. (ebenda 29) Indem Menschen in ihren alltäglichen Praktiken, die durch Diskurse erzeugte soziale Ordnung wiederholen, wirken sie wieder zurück auf diese, denn diese muss immer wieder aufs Neue erzeugt werden. (vgl. ebenda 37)

Um dem konstruierten Gefühl der Unsicherheit entgegen zu wirken, stellte sich aus den Interviews die Handlungsoption der Sozialen Arbeit eine MittlerInnenrolle einzunehmen heraus. Diese sollte eben darin bestehen die vermeintliche Bedrohung durch KlientInnen auf Seiten der Gesellschaft zu bearbeiten und nicht dadurch jene auszuschließen, welche als Gefahr konstruiert werden. (IV 1:5, IV 1:7, IV 1:8, IV 7:7) Hierbei müssen sich die SozialarbeiterInnen jedoch auch selbst genau in den Blick nehmen, da sie ebenfalls, wie oben gezeigt, zu dieser Konstruktion beitragen können. Diskurse, welche dem Sicherheitsbedürfnis von BürgerInnen zugrunde liegen, werden jedoch verkannt, wenn die einzige Bearbeitungsstrategie darin besteht, betroffene BürgerInnen davon zu überzeugen, dass ihre Ängste lediglich auf falschen Interpretationen und Konstruktionen beruhen (vgl. Wurtzbacher 2003:6), da Diskurse, wie oben schon erwähnt, „die Bedingung, [...] die vor aller Erfahrung liegenden Apriori, sozialer Wirklichkeit“ (Bublitz 2002:29) bilden. Es können daher als Wahrheiten konstituierte Sachverhalte nicht einfach abgeschafft werden. So kann auch die „Bedrohung“ im öffentlichen Raum nicht einfach verneint, jedoch immer wieder durch ein subversives verbleiben in der Pluralität infrage gestellt werden, damit das „Abweichende“ nicht mehr als Einheit, die dem Ausschluss von Menschen vorhergeht, gedacht werden kann. (vgl. ebenda 43)

*„Eine Großstadt hat immer auch soziale Brennpunkte, mehr oder weniger, hat immer soziale Randgruppen, wird sich diesem nicht entziehen können und da denke ich einfach, wie man damit umgeht, so dass es halt ein gutes Miteinander ist. Eben unter Einbezug wirklich aller Interessen, und nicht nur einer gewissen festgelegten Mainstream Gesellschaft. [...] dass heißt, es geht um stadtplanerische aber auch gemeinwesenorientierte Gesamtkonzepte unter der Beteiligung der unterschiedlichen NutzerInnen und ihrer Interessen zu entwickeln um zu schauen, dass ein Miteinander im öffentlichen Raum für alle Beteiligten machbar und möglich ist.“ (IV 7:7)*

### **3. Auswirkungen auf die Soziale Arbeit und ihrer KlientInnen**

Die im vorangegangenen Kapitel beschriebenen Vertreibungspraktiken wirken sich auf die Soziale Arbeit und ihre Zielgruppen aus. Prinzipiell lassen sich in Bezug auf die KlientInnen, neben dem bereits thematisierten Auslagern von Hilfseinrichtungen, zwei weitere Trends ablesen: Zerschlagung der Szene und Verlagerung der Szene.

Zum ersten Punkt ist zu erwähnen, dass manche KlientInnen auf Vertreibungspraktiken durch eine Änderung ihres Aufenthaltsortes verbunden mit der Auflösung der eigenen „Szene“ reagieren. Beispielhaft ist hier der Obdachlosenbereich zu nennen, wo in den Interviews festgestellt wird, dass KlientInnen sich zunehmend vereinzelt an abgelegeneren und infrastrukturell wenig erschlossenen Gebieten aufhalten. (vgl. IV 5:2, IV 6:2) Das Areal des Westbahnhofs und die eigene Szene stellten in vielerlei Hinsicht eine große Ressource für KlientInnen dar. Vor allem die zentrale Lage, sowie die Informationsweitergabe in der Szene werden von ExpertInnen hervorgehoben. (vgl. IV 5:5) Das Ausweichen an

andere Orte und der Verlust der eigenen Szene, bedeuten in weiterer Folge einen erheblichen Einschnitt in die Lebensqualität von KlientInnen. Für die aufsuchende Soziale Arbeit ist dies mit einem höheren Arbeitsaufwand verbunden, da zum Beispiel KlientInnen länger aufgesucht werden müssen. Weiters ändert sich auch das subjektive Sicherheitsempfinden der SozialarbeiterInnen. Einerseits müssen abgelegene Orte aufgesucht werden, andererseits berichtet ein/e InterviewpartnerIn, dass ihnen bereits bekannte KlientInnen der Szene auch Schutz vor aggressiven Personen geboten haben. Durch die angesprochene Vereinzelung scheint dieser Schutzfaktor zunehmend wegzufallen, was sich negativ auf das Arbeitsklima auswirkt. (vgl. IV 5:2 f.)

Zweitens ist für andere KlientInnen eine solche Ortsänderung und Szeneauflösung schwieriger, da sie aus unterschiedlichen Gründen sehr eng an den Westbahnhof gebunden sind. Beispielhaft sind hier Sexarbeiterinnen oder Punks zu nennen. Diese Gruppen weichen gar nicht vom Westbahnhof oder versuchen sich nur temporär an anderen Orten aufzuhalten. Im Gegensatz zur oben beschriebenen Gruppe, löst sich die „Szene“ nicht auf. Je nachdem wo gerade verstärkt kontrolliert wird, kommt es zu einem Ortswechsel. Sobald es an dem „neuen“ Standort wieder zu einer Konzentration von KlientInnen kommt, vermehren sich Beschwerden und ein Vertreibungskreislauf wird in Gang gesetzt. Diese KlientInnen sind vor allem mit ordnungsstaatlichen Sanktionen konfrontiert, wie z.B. Platzverweisen und Verwaltungsstrafen, was nicht nur eine finanzielle, sondern auch eine psychische Belastung darstellt. Bezogen auf die Soziale Arbeit bedeutet das einen Mehraufwand. Schließlich müssen SozialarbeiterInnen ständig über den derzeitigen Aufenthaltsort der Szene informiert sein, und weiters sehen sie ihre Aufgabe auch darin ihre KlientInnen vor den rechtlichen Folgen solcher Schwerpunktaktionen zu bewahren. (vgl. IV 1:4 f.; IV 3:8, IV 6:5)

Die ProfessionistInnen nehmen im Zuge dieser verschärften Vertreibungspolitiken eine veränderte Auftragslage und Rahmenbedingungen wahr. Aus den Interviews konnten vier Aspekte im Besonderen herausgearbeitet werden, welche Diskussionen um Fachlichkeit und die Rolle der Sozialen Arbeit herausfordern.

Erstens wird die Soziale Arbeit von der Politik verstärkt als ExpertIn im Umgang mit als deviant bezeichneten Personen eingebunden. Der politische Auftrag ist der einer schnellen Problemlösung, fachliche Standards und Nachhaltigkeit rücken dabei in den Hintergrund. Zweitens erhöhen sich Anfragen von anderen sozialen Einrichtungen oder AnrainerInnen, welche um Hilfe bitten, wenn KlientInnen „stören“ und/oder Vertreibung dieser nicht möglich ist. Dies führt auch – wie noch gezeigt wird – zu Diskussionen um Fachlichkeit und Parteilichkeit.

Drittens ist eine Veränderung im Umgang mit der Polizei festzustellen. Ein/e SozialarbeiterIn sagt dazu folgendes: „Lange galt der Spruch geläufig: 'die Polizei ist der natürliche Feind der Sozialarbeit' oder umgekehrt. Diese Grabenkämpfe gab es sehr lange“. (IV 7:3 f.) Dieser Gegensatz löst sich laut dieser InterviewpartnerIn immer mehr auf, da Polizei und Soziale Arbeit einen gemeinsamen gesellschaftlichen Auftrag verfolgen würden, und Kooperation mit *„Polizei und anderen Sicherheitskräften in gewissen Bereichen durchaus sinnvoll ist und zum Nutzen aller.“* (ebenda)

Viertens müssen sich aufsuchend und parteilich arbeitende Institutionen seit einigen Jahren mit den derzeit politisch stark forcierten allparteilichen Projekten auseinandersetzen, deren Auftrag die Konfliktvermittlung im öffentlichen Raum ist. Zwar nehmen einige InterviewpartnerInnen gegenüber solchen Projekten eine

skeptische Haltung ein, gleichzeitig verwenden sie deren Präsenz jedoch als Ressource.

Diese neue Situation führt demnach zu Auseinandersetzungen mit dem eigenen Verständnis von sozialarbeiterischer Fachlichkeit. Es wird wahrgenommen, dass Soziale Arbeit Sicherheit immer mehr auch für andere Personengruppen mitproduzieren soll. Manche InterviewpartnerInnen sehen darin einen Angriff auf ihre Parteilichkeit und betonen, dass sie sich nicht für derartige Zwecke instrumentalisieren lassen wollen. Ein/e ProfessionistIn äußert dazu:

*„Und wir sehen unsere Rolle schon ein wenig in Frage gestellt, weil wir eigentlich immer gesagt haben, dass wir [...] [unser Streetwork] nicht als Instrument sehen oder als Mittel um Leute von irgendwelchen Plätzen zu `verstampern`. Wir sind vom Selbstverständnis her nicht dazu da, von jemanden angerufen zu werden und zu uns zu sagen, ja da ist ein Problem, ja und sagt's dem, dass der sich da nicht mehr aufhalten darf. [...] Jemanden permanent „beraten“, oder was auch immer, zu wollen, kann auch so etwas wie ein sanfteres Verscheuchen sein.“ (IV 6:3)*

Die Ablehnung Personen von Plätzen zu vertreiben oder als Beschwerdestelle für Nicht-KlientInnen zu fungieren wird immer wieder in den Interviews erwähnt und scheint ein wichtiger Teil von Fachlichkeit in diesem Kontext zu sein. In diesem Zusammenhang ist ein Ergebnis unserer Forschungsarbeit, dass sich ProfessionistInnen der regulierende (Neben-) Effekt ihrer eigenen parteilichen Arbeitsweise bewusst sind. Dabei geht es nicht um die Frage, ob sondern wie und in welchem Ausmaß Kontrolle und Regulation in die Arbeit einfließt. Eine verstärkte Regulierungsfunktion ohne die Möglichkeit auch Angebote zu setzen und parteilich im Sinne der KlientInnen zu agieren, wird abgelehnt.

Außerdem wird deutlich, dass die SozialarbeiterInnen auch eigene Vorstellungen und Normen entwickeln. (vgl. IV 1:5 f.; IV 4:14; IV 6:3 f.; IV 7:5 f.) Dies entspricht dem Konzept von Staub-Bernasconis Triple Mandat, in welchem neben dem Auftrag des/der KlientIn und der Gesellschaft, Sozialer Arbeit auch eine eigenständiges fachliches Mandat zukommt (vgl. Staub Bernasconi 2007: 200 f.) Je klarer die eigene Vorstellung über fachliche Soziale Arbeit ist, desto stärker kann sich die Profession gegenüber anderen Aufträgen positionieren und damit an Autonomie gewinnen.

Ein Beispiel für ein eigenständiges fachliches Mandat ist die von den SozialarbeiterInnen wahrgenommene „neue Problemlage“ von sichtbarer Armut als Folge der Übergangsregelungen im Rahmen der Erweiterung der Europäischen Union, die sich im öffentlichen Raum verstärkt manifestiert. Für die davon Betroffenen gab es zum Zeitpunkt der Interviews noch keinen politischen Auftrag, wobei die SozialarbeiterInnen aus fachlicher Sicht eine Notwendigkeit gegeben sehen. Von den Befragten wird betont, dass es neben der Basissozialarbeit auch Öffentlichkeitsarbeit geben muss, die bemüht ist auf politischer und gesellschaftlicher Ebene die Bedingungen für KlientInnen zum einen zu verbessern und zum anderen Missstände, wie etwa das zuvor Genannte, aufzuzeigen.

## **Resümee**

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die SozialarbeiterInnen Auswirkungen von Sicherheits- und Ordnungspolitiken am Areal des Westbahnhofs wahrnehmen. Sie beobachten verschiedene Vertreibungspraktiken, wie zum Beispiel räumliche



Umgestaltungen, Hausordnungen, den Einsatz von Sicherheitskräften, etc.. Dies hat sowohl Folgen auf die KlientInnen als auch auf die Soziale Arbeit. Darüber hinaus sind sich die ProfessionistInnen der eigenen regulierenden Funktion ihrer Tätigkeit bewusst. Insgesamt fordert dies Diskussionen um Fachlichkeit sowie um die Rolle der Profession heraus.

Von den von uns befragten InterviewpartnerInnen werden die Gründe für Veränderung auf der Makroebene verortet: Die Konstruktionen von Sicherheit und Unsicherheit und die daraus resultierenden Ordnungs- und Sicherheitspolitiken werden als Reaktion auf gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Transformationen zurückgeführt.

## Verweise

<sup>i</sup> <http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/westbahnhof/#highlights> [30.01.2010]

<sup>ii</sup> <http://www.hauptbahnhof-wien.at/de/Projekte/Bahnhof/Bahnhofsoffensive/index.jsp> [30.01.2010]

<sup>iii</sup> vgl. ebenda

## Literatur

Bourdieu, Pierre (1985): Sozialer Raum und >>Klassen<<. In: Sozialer Raum und >>Klassen<<. Leçon sur la leçon. 2 Vorlesungen. Suhrkamp, Frankfurt am Main. (9-45)

Bublitz, Hannelore (2002): Judith Butler. Zur Einführung. Junius Verlag. Hamburg.

Foucault, Michel (1992): Was ist Kritik. Berlin.

Heeg, Susanne (2004): Globalisierung als catch-all Phrase für städtische Veränderungen? Das Wechselspiel zwischen global und lokal in Metropolen. In: Beerhorst, Demirovic, Guggemos (Hrsg.): Kritische Theorie im gesellschaftlichen Strukturwandel. Frankfurt / Main: Suhrkamp (178 –198)

Kammerer, Dietmar (2008): Bilder der Überwachung. Frankfurt am Main

Mümken Jürgen (NN): Sicherheit und Sauberkeit ein verhängnisvolles Bündnis. Online unter: <http://www.juergen-muemken.de/texte/vortrag03.htm> [06.11.2008]

Mayring, Philipp (2002): Einführung in die qualitative Sozialforschung. Eine Anleitung zu qualitativen Denken. 5. Auflage. Weinheim und Basel

Russo, Manfred (2006): Eisenbahn und Territorium: Der Bahnhof als Passagenraum, In: Derive Heft 25, Oktober – Dezember 2006 (15-25)

Schroer (2006): Räume, Orte, Grenzen. Auf dem Weg zu einer Soziologie des Raums. Suhrkamp Verlag. Frankfurt am Main.

Singelstein, Tobias/ Stooles, Peer (2006): Die Sicherheitsgesellschaft. Soziale Kontrolle im 21. Jahrhundert. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden.

Staub Bernasconi, Silvia (2007): Soziale Arbeit als Handlungswissenschaft, HauptVerlag, Bern/ Stuttgart/Wien, 1. Auflage

Weber, Beat (2001): Bahnhofsoffensive gegen soziale Randgruppen, In: Derive, Nr. 3, Feber 2001 (20-22)

Wehrheim, Jan (2004): Städte im Blickpunkt Innerer Sicherheit. In: Politik und Zeitgeschichte. B 44/ 2004

Wurtzbacher, Jens (2003): Sicherheit als gemeinschaftliches Gut – Bürgerschaftliches Engagement für öffentliche Sicherheit. In: Leviathan – Zeitschrift für Sozialwissenschaften, 31. Jg., Heft 1

Ziegler, Holger (2005): Abweichung und Ordnung. Die Figuration sozialpädagogischer Präventionsstrategien. In: Thole, Werner; Cloos, Peter; Ortman, Friedrich; Strutwolf, Volkhardt (Hrsg.): Soziale Arbeit im öffentlichen Raum. Soziale Gerechtigkeit in der Gestaltung des Sozialen. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden (113 – 122)

## Online-Quellen

<http://www.hauptbahnhof-wien.at/de/Projekte/Bahnhof/Bahnhofsoffensive/index.jsp> [30.01.2010]

<http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/westbahnhof/#highlights> [30.01.2010]

## Über die AutorInnen

Lukas Brock, BA

Studium der Sozialarbeit von 2007 – 2010, derzeit Studium der Orientalistik, Tätigkeit als persönlicher Assistent und ehrenamtlicher Mitarbeiter beim Projekt „PeerConneXion“ der HOSI Wien.

---

Katrin Formanek, BA

[katrin.formanek@inode.at](mailto:katrin.formanek@inode.at)

Abschluss des Studiums Soziale Arbeit am FH Campus Wien 2010, seit 2008 freie Dienstnehmerin der Beratungsstelle „Streetwork-Karlsplatz“, sowie freie Dienstnehmerin im Projekt „PartyFit“ der Beratungsstelle „ChEckiT!“, seit 2010 freie Dienstnehmerin im Projekt „SAM“ des Verein Wiener Sozialprojekte. 2010 Mitarbeiterin der „Bassena-Stuwerviertel“ im Projekt „FairPlay“. derzeit Studium der russischen Sprache am Derzhavin Institut St. Petersburg.

---

Irene Reismüller, BA

Studium der Sozialarbeit von 2007 – 2010

Samira-Mehrnaz Shams-Ghamari, BA

Abschluss des Studiums der Sozialen Arbeit im Juli 2010 an der Fachhochschule Wien. 2008-2010 Sozialbetreuerin im Caritas Nächtigersnotquartier U63. Seit 2009 ehrenamtliche Bewährungshelferin beim Verein NEUSTART. 2010 Delegierte der „Delegation der Universität Wien“, Teilnahme „Oxford International MUN 2010“, in Oxford. Durchführung, Übersetzung und Transkription qualitativer Interviews in Persisch-Deutsch; Forschungsinstitut Rotes Kreuz in Zusammenarbeit mit SFU: Projekt Salmon next Step „Angst in der Fremde“. 2004 Artikel „Von der Suche zur Sucht“ In: Die Bunte Zeitung, Medium für Würde und Gerechtigkeit.

### **Abstract**

Dieser Artikel präsentiert die Ergebnisse der Bachelorarbeit „Transformationen innerstädtischer Räume im Rahmen von Ordnungs- und Sicherheitspolitiken und Auswirkungen auf die Soziale Arbeit am Beispiel des „Wiener Westbahnhofes“. Eine qualitative Untersuchung zu Sichtweisen und Deutungsmuster von SozialarbeiterInnen“. Dargestellt werden Wahrnehmungen von im öffentlichen Raum tätigen SozialarbeiterInnen bezogen auf Ordnungs- und Sicherheitspolitiken am „Wiener Westbahnhof“, sowie deren Auswirkungen auf die Soziale Arbeit.